

südostasien

Zeitschrift für Politik • Kultur • Dialog

1 | 2025, Deutschland, Interviews, Südostasien,

Autor*in: Jörg Schwieger

Der Zivilgesellschaft Südostasiens eine Stimme geben

südostasien

2 / 2011



Wo die Staatsgewalt Schweigen erzwang, öffnete die *südostasien* Räume für Kritik und Dialog. Unser Titelfoto zeigt eine Karikatur des indonesischen Künstlers und Aktivisten Yayak Yatmaka auf der Ausgabe 2 aus dem Jahr 2011 © *südostasien*

Südostasien/Deutschland: Gründungsmitglied Frithjof Schmidt blickt zurück auf die Anfänge der südostasien. Bis heute ist er Leser und engagiert sich für die Region.

südostasien: Du warst Mitte der 80er Jahre Gründungsmitglied der „Südostasien-Informationen“ (später: südostasien) und Teil der Südostasien Informationsstelle, die die Zeitschrift herausgab. Welche Absicht war mit der Publikation verbunden?

Unser Interviewpartner:



© Frithjof Schmidt /
Stefan Kaminski

Dr. Frithjof Schmidt, geboren 1953, ist Sozialwissenschaftler, Journalist und Politiker, langjähriger Mitherausgeber des Informationsbriefes „Weltwirtschaft und Entwicklung“ in Luxemburg und der Wochenzeitung „Der Freitag“ in Berlin, Gründungsmitglied der „Südostasien Informationsstelle“ in Bochum, ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments und des Deutschen Bundestags (Bündnis 90/Die Grünen).

Frithjof Schmidt: Die frühen achtziger Jahre waren in Fragen der Nord-Süd Beziehungen stark durch die Dritte-Welt-Solidaritätsbewegungen geprägt. In Deutschland lag der Fokus stärker auf Lateinamerika, Afrika und dem Nahen Osten als auf Asien. Es gab bewegungsorientierte Informationsstellen zu diesen Regionen, die die Sicht von Befreiungsbewegungen und demokratischen Nicht-Regierungsorganisationen (NROs) in die deutsche Öffentlichkeit vermittelten.

Unsere Idee war es, eine solche Informationsstelle auch für die Länder Südasiens aufzubauen: Gemeinsam mit Solidaritätsgruppen für einzelne Länder dieser Region Informationsmaterial und Publikationen – so genannte Graue Literatur – in einer Art alternativen Bibliothek zugänglich zu machen.

Auf dieser Basis ging es darum, in einer deutschsprachigen Zeitschrift die aktuellen Entwicklungen in Südostasien aus Sicht dortiger NRO, Aktionsgruppen, Gewerkschaften und Parteien darzustellen und ihnen hier eine Stimme zu geben. Dazu sollten wissenschaftlich fundierte Analysen neokolonial geprägte wirtschaftliche und politische Beziehungen kritisieren.

Insbesondere war es auch Ziel, die Unterstützung von autoritären und diktatorischen Regierungen in Südostasien durch die deutsche Regierung zu enthüllen und anzugreifen. Zielgruppe in Deutschland waren insbesondere Menschen, die sich der Nord-Süd-Solidarität verpflichtet sahen und sich für die Region interessierten.

Wie sah das Tagesgeschäft der Redaktion damals praktisch aus, bevor es e-Mail und Whatsapp gab? Wie habt ihr Themen recherchiert und zu Autor:innen Kontakt gehalten?

Im Zentrum der Redaktionsarbeit stand neben der systematischen Auswertung diverser Publikationen der Kontakt und Dialog mit Autor:innen, Aktivist:innen und Journalist:innen in der Region.



Redaktionsmitglieder der „Südostasien Informationen“ im Jahr 1985 © Peter Franke

Die Kommunikationsrevolution durch die Nutzung der ersten PC war in vollem Gange und interessanterweise bei den meisten Partner:innen in Südostasien bereits fester Bestandteil ihrer Arbeit. Wir lernten von ihnen, was ein Modem ist und wie elektronische Kommunikation via Telefonleitung den langsamen Postweg ersetzen kann.

Wir lernten auch, dass Computer abstürzen können und ein halbes Zeitschriften-Layout dabei spurlos verschwindet. Das alles zu einem Zeitpunkt, wo etwa in der grünen Bundestagsfraktion in Bonn sehr grundsätzlich gestritten wurde, ob überhaupt Computer im Büro benutzt werden dürften oder sollten.

Wie präsent war die Region Südostasien damals in der medialen Berichterstattung?

In den achtziger Jahren gab es meist nur eine selektive und begrenzte Berichterstattung der Medien. Selten ging es dabei um die gesamte gesellschaftliche und politische Entwicklung eines Landes.

Es gab intensivere Wirtschaftsberichterstattung unter dem Stichwort „neue internationale Arbeitsteilung“ über erste Industrieverlagerungen aus Europa nach Südostasien – Singapur, Malaysia Thailand, Indonesien Philippinen, Vietnam – sowie über den Zugang zu Rohstoffen durch Abkommen zwischen der damaligen Europäischen Gemeinschaft und ASEAN. Auch Auswüchse des Massentourismus – Stichwort „Sextourismus“ – spielten medial eine größere Rolle. Seltener wurde über bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Oppositionskräften und meist autoritären Regierungen berichtet wie in Thailand oder in den Philippinen.

Wie war es um die Reichweite der *südostasien* bestellt? Welche Resonanz und Wirkung lassen sich aus den frühen Jahren - oder auch später - berichten?

Die *südostasien* konnte in der Medienlandschaft nur ein kleines, punktuell gegengewicht bilden, indem sie insbesondere Multiplikator:innen in Journalismus, im Wissenschaftsbereich und im Bereich der Entwicklungspolitik erreichten und dort als relevante Quelle respektiert waren. Diese Akteur:innen waren und sind ja auch in der Politikberatung von Parlamenten und Regierungen ein wichtiger Faktor.

Bondoc-Nachlese

Hilfe jenseits von Entwicklung

Am 24. Januar, einen Tag nach der Vorstellung der Studie von Karl Pöhlert "Operation Bondoc - Deutsche Entwicklungshilfe zur Ausbeutung der Arbeitskräfte von der Jopang für Kinder in Kooperation mit dem philippinischen Staat" (siehe auch S. 58) auf einer Pressekonferenz in Bonn veröffentlichte u.a. die *Frankfurter Rundschau* auf ihrer Website den Beitrag "Entwicklungshilfen Kumpeln mit philippinischer Armee angeheuert". Darin wird das BMZ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit den Worten zitiert, es sei "einfach Unsinns", das südöstlich von Manila betriebene Bondoc Development Program (BDP) - immerhin eines der größten deutschen Entwicklungshilfeprogramme in den Philippinen - als einen "Skandal" zu bezeichnen.

Dieser Kommentar des BMZ ist nicht nur irreführend, sondern verblüffend, daß nach Lage s. 58 (S. 1), enthält die Pressekonferenz, dasselbe Ministerium verurteilt hat, man könne diese Studie nicht, könne täglich auch nichts über deren Inhalt sagen.

Tatsache ist, daß die heutige Studie längere Interviews mit den verantwortlichen Philippinen-Landesregierungen des BMZ und der GTZ (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) enthält, die diese dem Autor im September 1996 gewährt und in denen sie ihm gegenüber zugesagt hatten, unbefristet gemeinsamen Fragen auf den Grund zu gehen. Bisherig ist diese Zusage nicht eingeleistet worden.

Aufgrund der genauen Kenntnis des bisherigen Verlaufes des BDP und aufgrund der umfänglichen Dokumentation und intensiven kritischen Auseinandersetzung mit philippinischer Verantwortlichkeit vor Ort (u.a. renommierte philippinische Nicht-Regierungsorganisationen) ist und bleibt das BDP zumindest in faktischer Hinsicht ein handfester Skandal:

1. Die langjährige, kostspielige Überwachungstätigkeit hätte man sich sparen können, wären Ortskundige und in der Bevölkerung verankerte Beiratsgruppen von Anfang an und angemessen - sachlich gleichberechtigt - in den Prozess der Planung, Beratung und Durchführung des Projekts eingebunden worden.
2. Die Realisierung ist - auch fünf Jahre nach offizieller Projektbeginn - eine Fiktion. Der größte Teil der sog. Zielbevölkerung weiß bis heute nicht, daß sie überhaupt eine ist.
3. Besseres ist, daß politische Lobbyisten und Militäre im BDP führende Rollen spielen, deren erklärtes Ziel es bleibt, die (Ziel-) Bevölkerung bei unethischen Verbrechen zu unterstützen, daß den Bundesdeutschen Experten die Aufstandsbekämpfungs-Strategie des philippinischen Militärs (Opfer-Löscher-Strategie - Operationen: Anschläge) entweder unbekannt ist oder dass, sofern bekannt, von ihnen kritisiert wird, während gleichzeitig dem im BDP selbst gebildeten Jüngern zwischen der Einleitung von Menschenrechtsverbrechen und Vergabe staatlicher Entwicklungshilfe.

Entwicklungshilfenminister Carl-Dieter Spranger weist in diesem Zusammenhang gern und mit Nachdruck auf jene fünf Kriterien (die Kriterien), unter welchen Voraussetzungen die Bundesregierung anderen Ländern Entwicklungshilfe gewährt: Achtung der Menschenrechte; Beseitigung der Benachteiligung im politischen Entscheidungsprozess; Rechtsstaatlichkeit; Ausrichtung auf soziale Marktwirtschaft; Entwicklungsförderung des jeweiligen staatlichen Handelns. Im Falle der Philippinen - insbesondere mit Blick auf Bondoc - hat die Bundesregierung Ende der 80er Jahre zudem auf die Destabilisation des militärischen Konflikts sowie auf die zügige Durchführung des demokratischen Prozesses der Regierung in Manila gedrungen. Räumt, dass Bondoc ist auf Bondoc auch nur annähernd erfüllt. Was allem die Landreform betrifft, so hat der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte noch im Mai 1995 die Ramos-Administration öffentlich gerügt: Die Landreform verlaufe demnach zu langsam, daß sich Manila im Rahmen eines Reformprogramms für diese Beschleunigung einsetzen sollte.

4. Die Einleitung Rechtsmittel westdeutscher Entwicklungshelfer (an deutsche Experten verdient im BDP mehr als

das 300fache philippinische Taschengeld) ist angesichts der in den Philippinen selbst vorhandenen Expertise und Kompetenz partout nicht nachvollziehbar.

5. Als eine Organisation, die sich schwerpunktmäßig in den Südpazifik für (Bürger-) Integrationsmaßnahmen, vorrangig Kinder, engagiert und dabei ausschließlich mit Partnern vor Ort arbeitet, empfanden wir es als besonders befremdlich, wenn solche Maßnahmen im Norden des Landes durch Projekte wie das BDP, also mit Hilfe bundesdeutscher Staatsgelder und mit dem philippinischen Militär als beinahe Hauptdurchführer, konkretisiert werden.

Wenn Minister Spranger diese Politik in die Philippinen rückt, wird er dort möglicherweise von einem Präsidenten, Ex-General Ramos, empfangen werden, der einst zu Manilas Kriegsverbrechermiliz gehörte und wo zehn Jahre nach dem Ende der Unterdrückung einer unethischen übergründlichen Sonder- bzw. Notstandsvollmacht debattiert wird. Spätestens dann sollte man auch im BMZ darüber nachdenken, Nachschaden in Manila nicht mehr länger "Entwicklungspolitik" zu stützen, es doch der Zivilen wie militärischen Eliten nationale Ordnung und Ordnung offensichtlich mehr bedeuten, denn grundlegende soziale Reformen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse ihrer Landsleute.

Reiner Werning

Der Autor ist Geschäftsführer der Stiftung für Kinder mit Star in Freiburg i.Br., die schwerpunktmäßig in den Philippinen engagiert ist.

Spranger lobt Verwendung deutscher Finanzhilfe

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Carl-Dieter Spranger, hat sich zum Abschluß seines Kabinettsbesuchs in den Philippinen zu Manila über die Verwendung deutscher Entwicklungshilfe in der Philippinen gebildet. Außerdem sagte sich Spranger "beeindruckt" von den Ergebnissen der Reformpolitik von Präsident Fidel Ramos. (MFR, AFP 7.2.96)

Die *südostasien* berichtete unter anderem 1996 über das Bondoc Projekt © *südostasien*

Ich will ein Beispiel für erfolgreiche Interventionen durch die Solidaritäts- und Informationsarbeit ansprechen, an denen auch die *südostasien* beteiligt war. Das ist die Kritik an einem der größten bundesdeutschen Entwicklungsprojekte in den achtziger Jahren: Das Infrastrukturprojekt auf der Halbinsel Bondoc auf Luzon in den Philippinen.

Dieses Gebiet war eine Hochburg der bewaffneten Opposition unter Führung der NDF [National Democratic Front of the Philippines - Nationale Demokratische Front der Philippinen, ein Bündnis oppositioneller linker Organisationen, das seit Ende der 60er Jahre einen revolutionären, zum Teil bewaffneten Kampf führt. d.R.]. Der Bau von Straßen- und Transportwegen durch die Region wurde vom philippinischen Militär als wichtiger Bestandteil der Aufstandsbekämpfung gesehen. Eine zentrale Forderung der philippinischen Opposition und der deutschen Solidaritätsgruppen war die Verwendung der Entwicklungsgelder für Wasserversorgung und Armutsbekämpfung und der Stopp des Straßenbaus. Es gelang mit der gemeinsamen Anstrengung vieler Akteur:innen, über breite Berichterstattungen, die Initiierung von Anhörungen und von Anträgen im Deutschen Bundestag,

dieses Projekt nicht nur zu verzögern, sondern auch teilweise zu stoppen und positiv zu verändern.

Du warst viele Jahre Mitglied des Bundestags und vorher als Abgeordneter im Europaparlament auch Delegierter für die Beziehungen zu Südostasien. Hast Du den Eindruck, dass Stimmen aus der Region im politischen Diskurs ausreichend Gehör fanden? Konnte die *südostasien* hierbei einen Beitrag leisten?

Wenn es um die außenpolitischen und diplomatischen Beziehungen der EU und Deutschlands zu Ländern Südostasiens geht, gibt es grundsätzlich zwei unterschiedliche Ebenen der Stimmen, die von dort zur Geltung kommen. Die staatlichen Beziehungen werden ja maßgeblich von den Regierungen geprägt. Meist dominieren da ökonomische Themen, inzwischen häufig verbunden mit ökologischen Fragen.



Auf der Bondoc Halbinsel in der Provinz Quezon erhalten ehemalige Pächter*innen ihre Landtitel © Katarungan

Das Europaparlament und der Bundestag bringen über entsprechende Ausschüsse offensiv Fragen der Demokratie, der Menschenrechte, der sozialen Gerechtigkeit in solche Dialoge ein. Hierbei spielen gerade auch Kontakte zur Zivilgesellschaft und der Graswurzel-Opposition in Südostasien und entsprechende Informationen eine Rolle. International dominieren dabei allerdings englischsprachige Medien. Die deutschsprachigen Europa- und Bundespolitiker zu erreichen, ist der *südostasien* aber durchaus immer wieder gelungen.

Die Region, die die *südostasien* in den Blick nimmt, hat sich im Lauf von 40 Jahren stark verändert. Welche Veränderungen findest Du besonders markant?

Die Modernisierung hat die Form einer dramatischen Urbanisierung und Motorisierung angenommen. Globalisierte Megametropolen stehen in scharfen Gegensatz zur ländlichen Entwicklung. Die Lebenswelten in verschiedenen Regionen klaffen immer stärker auseinander. In kürzester Zeit ist die wachsende Bedrohung der Umwelt zu einer gesellschaftlichen Existenzfrage geworden.

Gab es für dich in den 40 Jahren so etwas wie eine Glanzzeit der *südostasien* - wenn ja, wann und warum?

Ich denke, dass die achtziger und neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts und teils auch noch die ‚Nullerjahre‘ des 21ten durch eine intensive Nord-Süd-Solidaritätsbewegung in der Gesellschaft

geprägt waren, was einen guten Resonanzboden für eine Zeitschrift wie die „Südostasien-Informationen“/*südostasien* bedeutete. Das ist deutlich zurückgegangen. In dieser Zeit definierten sich fast alle ASEAN-Staaten noch als Teil der Dritten Welt, als sogenannte Entwicklungsländer des Südens.

In den Medien erfährt die Region heutzutage mehr Aufmerksamkeit, bedingt durch ihre wachsende wirtschaftliche und politische Bedeutung - auch durch digitale Medien. Wie schätzt Du als heutiger Leser dabei die Relevanz der *südostasien* ein?



Ob Manila, Jakarta, Ho Chi Minh City, Phnom Penh oder Bangkok – wie hier im Bild – Wolkenkratzer verdrängen die zuvor flächige Bebauung mit geringer Geschosshöhe © Fabio Achilli.flickr.CC BY 2.0

Heute definieren sich viele Staaten der Region mehr als „emerging countries“, als sogenannte „Schwellenländer“ der Industrialisierung. Damit stellen sich auch viele Fragen der internationalen und weltwirtschaftlichen Beziehungen im Rahmen der dynamischen Globalisierung anders als früher, zum Beispiel in Bezug auf Menschheitsfragen wie die Klimapolitik. Daraus ergeben sich auch veränderte Aufgaben und Themen in der Informations- und Solidaritätsarbeit.

Das spiegelt sich natürlich auch in den letzten Jahrgängen der *südostasien*. Unter dem Einfluss der neuen sozialen Medien sinkt der Stellenwert eines Nachrichtenteils, da das Internet-Tempo des Medienmarktes nicht zu überbieten ist. Dagegen sehe ich einen steigenden Bedarf an fundierten Analysen zu den großen Themen der Zeit und der Region. Ich sehe die Online-Zeitschrift da heute auf einem schwierigen, aber guten Weg.

Autor*in

Jörg Schwieger

Jörg Schwieger ist evangelischer Theologe und Germanist. Er war von 1982 bis 1986 Geschäftsführer der Aktionsgruppe Philippinen und von 1987 bis 1991 Geschäftsführer des

philippinenbüro e.V. sowie danach langjähriger Mitarbeiter im kirchlichen Entwicklungsdienst mit unterschiedlichen (Leitungs-) Funktionen. Er ist freiberuflicher Berater und ehrenamtlich zu Asien, in der personellen Entwicklungszusammenarbeit und lokal zu Integration und kultureller Teilhabe engagiert.